

Bericht zur Vollversammlung am 02.04.2019

Die Vollversammlung ist mit 40 anwesenden Vollversammlungsmitgliedern von 64 beschlussfähig. Frau Präses Kühn begrüßt die Mitglieder und Gäste der Vollversammlung.

TOP 1 Formales

Arbeitgebervertreter des Berufsbildungsausschusses der IHK zu Lübeck
– Nachbenennung

Frau Angela Pfister (stellvertretendes Arbeitgebermitglied) ist aus dem Berufsbildungsausschuss ausgeschieden ist. Die Vollversammlung hat Herrn Matthias Osbahr, Firma Möbel Kraft AG, einstimmig zum stellvertretenden Arbeitgebermitglied in diesem Ausschuss bestimmt.

TOP 2 Aktuelles (aus der IHK Schleswig-Holstein, der IHK zu Lübeck und der IHK Nord)

a) Vorschläge des Aarhus-Komitees zur Ausweitung der Klagerechte in Umweltangelegenheiten

Herr Schacht berichtet über die sogenannte Aarhus-Konvention, die seit 1998 den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltschutz sowie den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten regelt. In seiner Darstellung geht es insbesondere um Klagemöglichkeiten von Umweltvereinigungen, die Entscheidungen vor Gericht anfechten können, auch ohne in eigenen Rechten betroffen zu sein. Sollten die Vorschläge des Aarhus-Komitees umgesetzt werden, wäre einer Flut von Einzelklagen Tür und Tor geöffnet. Dies würde aller Voraussicht nach die Verfahren zur Realisierung von Infrastrukturvorhaben in Deutschland weiter verzögern und damit die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande blockieren. Es würde darüber hinaus die Durchsetzungsmöglichkeiten vieler staatlicher Entscheidungen zugunsten der Wirtschaft stark behindern.

Die Vollversammlung bekennt sich zur Verantwortung der Wirtschaft für den Schutz der Umwelt. Dem Umweltschutz wird nach Überzeugung der Vollversammlung jedoch im geltenden Recht bereits mehr als ausreichend Rechnung getragen. Auch der Kreis der Klageberechtigten bedarf aus Sicht der Vollversammlung keiner Ausweitung: Dem einzelnen Bürger steht der Klageweg gegen staatliche Entscheidungen offen, die ihn in seinen eigenen Rechten verletzen. Dem Interesse der Allgemeinheit am Schutz der Umwelt wird durch die Klagemöglichkeiten anerkannter Umweltschutzvereinigungen Rechnung getragen, die auch ohne eine Verletzung eigener Rechte Verstöße gegen das Umweltrecht vor Gericht geltend machen können.

Die Vollversammlung der IHK zu Lübeck unterstützt einstimmig die Stellungnahme der IHK Nord und spricht sich mit Nachdruck gegen die Ausweitung der Klagerechte in Umweltsachen aus. Vor allem warnt die Vollversammlung davor, jedem Einzelnen auch ohne eine unmittelbare Betroffenheit ein Klagerecht einzuräumen und jede staatliche Entscheidung mit jedwedem Bezug zur Umwelt einer nachträglichen Überprüfung preiszugeben.

Stattdessen sollte an der Standardisierung von Entscheidungsprozessen im Umweltrecht gearbeitet werden und sollten die Abstimmungsprozesse vor einer Entscheidung optimiert werden, anstatt im Nachgang die Anfechtungsmöglichkeiten auszuweiten. Verfahren vor den Verwaltungsgerichten gegen Infrastrukturvorhaben müssen weiter gestrafft werden, indem Fristen eingeführt werden, innerhalb derer Gerichtsentscheidungen zu treffen sind. Auf europäischer Ebene muss das Prinzip der Präklusion wieder eingeführt werden.

b) Evaluation der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie – Positionierung der Wirtschaft

Herr Schacht stellt kurz die Stellungnahme der IHK Nord zur Evaluation der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie vor.

Die Vollversammlung stimmt dieser Positionierung der Wirtschaft einstimmig zu.

c) Flüchtlingskoordinator in der IHK zu Lübeck – aktueller Stand

Herr Dr. Hoffmeister erläutert die gute Entwicklung des in der IHK zu Lübeck angesiedelten Flüchtlingskoordinators in den letzten zwei Jahren in diesem Bereich und verweist darauf, dass in der Außenkommunikation der Flüchtlingskoordinator als Willkommenslotse bezeichnet wird. Das Projekt soll auch in den Jahren 2020 und 2021 fortgesetzt werden. Durch den Weggang von Herrn Bareiter wird die Stelle zum 15. April 2019 neu besetzt (Frau Christina Ehrich). Die Schwerpunktsetzung wird dann vom Aufbau von Netzwerken und der Schaffung von Grundlagen stärker in den Bereich Beratungen von Unternehmen und Vermittlung von Personen mit Fluchthintergrund in Ausbildung gehen. Gemeinsame Aktivitäten mit Unternehmen, um die Integration in Ausbildung zu verbessern, sollen angeschoben werden.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass Deutschkenntnisse für eine erfolgreiche Ausbildung die wesentliche Grundlage bilden. Die mittlerweile von den Berufsschulen angebotenen zusätzlichen berufsorientierten vier Deutschstunden sind ein richtiger Schritt, aber nicht ausreichend.

In den schriftlichen Prüfungen ist der Prozess der Einführung der einfachen Sprachen gestartet. Bei mehreren Tausend Aufgabenerstellern wird dieser Prozess längere Zeit dauern.

Frau Dr. Bednarski verweist darauf, dass inlingua speziellen Sprachunterricht im Handelsbereich anbieten kann und auch darf.

Die Vollversammlung nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

d) Grundsteuerreform – Sachstand

Herr Dr. Job berichtet anhand einer Präsentation über den Stand der Grundsteuerreform. Momentan stehen mehrere Modelle zur Diskussion. Die Mehrheit der Bundesländer tendieren zu einem wertabhängigen Modell, das

eine Bewertung anhand von Bodenrichtwerten und pauschalierten Nettokaltmieten vorsieht. Für die Unternehmen ist durch die regelmäßige Neubewertung eine Zunahme des bürokratischen Aufwandes zu erwarten. Die IHK-Organisation wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Reform möglichst einfach und aufkommensneutral für die Unternehmen umgesetzt wird.

Herr Dr. Job informiert außerdem über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Interessenvertretung. Bewegung gibt es bei dem Reformvorschlag der IHK Nord zur Einfuhrumsatzsteuer, der ähnlich, wie es bereits in den Niederlanden Praxis ist, eine Verrechnung von Einfuhrumsatzsteuer und Vorsteuer vorsieht. Die Idee wird von allen Finanzministern der Länder ausdrücklich unterstützt. Ein Vorschlag soll vom Bundesfinanzministerium erarbeitet werden. Im Bereich der Quellensteuer für Onlinewerbung hat die Finanzverwaltung auf starken Protest der Wirtschaft die erweiterte Auslegung aus Bayern zurückgewiesen, so dass für die Zahlungen an google u.a. für Onlinewerbung weiterhin keine Quellensteuer für unsere Unternehmen anfällt.

Die Vollversammlung nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

- e) IHK-Ausschüsse und –Wirtschaftsbeiräte - Informationen aus den Gremien

- Wirtschaftsbeirat Stormarn

Herr Woelke berichtet als Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates Stormarn davon, dass sich der Beirat in der aktuellen VV-Wahlperiode dem Themengebiet Digitalisierung verschrieben hat. Jede Beiratssitzung beleuchtet das Thema aus einem anderen Blickwinkel: Digitalisierung aus Handelssicht, aus Sicht des Kreditgewerbes, Digitalisierung in der Verwaltung, was macht Digitalisierung mit den Menschen? etc. In der jüngsten Sitzung wurde das Thema Digitalisierung in Schulen diskutiert. Dafür wurde ein neues Format "3 hoch 3" gewählt: Jeder Vortragende bekommt drei Fragen und hat für die Beantwortung pro Frage genau drei Minuten Zeit. Somit konnten in der gleichen Zeit mehr Meinungen eingebracht werden und das Thema somit umfassender diskutiert werden. Alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Stormarner Bürgermeister/innen werden zu den Beiratssitzungen eingeladen, um so den Austausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu verstärken.

TOP 3 Initiative „*Mein Unternehmen Zukunft*“

Herr Dr. Özren berichtet über die Initiative „Mein Unternehmen Zukunft“ und stellt kurz alle bisher erfolgten und geplanten Maßnahmen vor. Er wirbt bei den Mitgliedern der Vollversammlung dafür, Plätze für das Chefpraktikum anzubieten und auch bei befreundeten Unternehmen für die Aktion zu werben.

TOP 4 „Zukunftspläne des Lübecker Flughafens“

Gast: Prof. Dr.-Ing. Jürgen Friedel, Geschäftsführer, Stöcker Flughafen GmbH & Co. KG, Lübeck

Herr Prof. Dr. Jürgen Friedel, Geschäftsführer der Lübecker Stöcker Flughafen GmbH & Co. KG, präsentiert die Zukunftspläne des Betreibers für den Flughafen in Blankensee. Nach mehreren Verkäufen und Ausstiegen von Investoren und Eigentümern kaufte Euroimmun-Gründer Herr Prof. Dr.

Winfried Stöcker Mitte 2016 den Flughafen. Seitdem bereitet sein Team die Wiederaufnahme des Passagierverkehrs vor. Die Region habe Potenzial, der Flughafen gute Perspektiven. Friedel und sein Team wollen den Standort zielgerichtet und konsequent entwickeln. Die Übernahme des Airports durch eine nicht an Entscheidungen der Politik oder eines Aufsichtsrats gebundene Privatperson sei dafür vorteilhaft.

Von der Low-cost-Carrier-Strategie der vorherigen Betreiber hat sich die neue Gesellschaft verabschiedet. Das Konzept sehe vor, Mobilität für die Region Lübeck zu entwickeln. Besonders mit der Qualität seiner Dienstleistungen wolle der Flughafen punkten: gute Erreichbarkeit, kurze Wartezeiten, moderne Infrastruktur und exzellenter Service. Der Flughafen konzentriere sich zukünftig auf drei Geschäftsfelder. Ganz oben stehe der Passagierverkehr, den es etwa ab Mitte 2020 wieder geben soll. Die Akquise bei Fluggesellschaften laufe. Mit der eigenen „Lübeck Air“ werde die Stöcker Flughafen GmbH das Angebot ergänzen. Zwei Maschinen habe das Unternehmen bereits erworben, ein weiterer Kauf ist in Planung. Zudem sondiere die Gesellschaft im chinesischen und russischen Markt, um Angebote für einen „Gesundheitstourismus“ zu entwickeln.

Auch im Bereich Business Aviation will man sich profilieren. Schon jetzt gebe es bis zu 200 Flugbewegungen am Tag. Es sollen die Dienstleistungen für Geschäftsreisende ausgebaut, die eigenen Flugzeuge vermietet sowie die Wartung der Kunden-Maschinen und die Nutzung der Hangars angeboten werden. Zudem wolle das Team die Standortentwicklung und damit die Ansiedlung flughafenaffiner Gewerbe auf dem Gelände vorantreiben. Bis zu 100.000 Quadratmeter will das Unternehmen vermieten. Geplant ist ein neues Terminal mit einem Dach in Form einer Ostseewelle. Außerdem will die Stöcker Flughafen GmbH mehrere Hangars bauen, in denen auch Flugzeuge mit einer Größe des Typs Boeing 737 Platz haben. Bis das soweit ist, entwickelt der Betreiber eine Interimslösung für das Terminal. Früher stand dort ein Zelt für die Abfertigung der Passagiere. An seine Stelle kommen drei Hangars, die sich nach der Einweihung des neuen Gebäudes im technischen Bereich weiterhin nutzen lassen.

Präses Kühn sagte dem Geschäftsführer die Begleitung des Vorhabens durch die IHK zu. Der Flughafen sei eine wichtige Verkehrsinfrastruktur im Nordosten der Metropolregion Hamburg. Die IHK begrüße es, dass ein Unternehmer die Initiative zum Erhalt und Ausbau des Airports ergriffen habe.

TOP 5 Verschiedenes

- IB.SH-Unternehmerinnenpreis am 17.05.2019 und 2. Kongress „Frauen in Führung im Norden – Meine Arbeitswelten“ am 17. und 18.05.2019 in Lübeck – Aufruf zur Teilnahme

Präses Friederike C. Kühn wirbt bei den Vollversammlungsmitgliedern noch einmal für eine Teilnahme am Kongress und bittet diese, die Veranstaltung ggfs. auch in deren Unternehmen zu bewerben.

Frau Präses Kühn dankt Herrn Prof. Friedel für die anschauliche Darstellung. Den Mitgliedern und Gästen der Vollversammlung dankt Sie für die rege Beteiligung an den Diskussions- und Beschlussthemen und schließt damit die Sitzung.

Lübeck, 29. Mai 2019
Joseph Scharfenberger/Geschäftsbereichsleiter